

Bezirkspolitiker:innen diskutieren über Sicherheit im öffentlichen Raum. „Wie schaffen wir öffentliche Räume, in denen sich alle sicher fühlen?“, lautet das Thema des Monats [auf der Webseite des Bezirks](#). Alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nehmen Stellung zu der Frage, die diesmal von der SPD stammt. Wir fassen die Beiträge zusammen.

Corinna Balkow (Grüne) konzentriert sich auf die Verkehrssicherheit. „Die größte Furcht haben Eltern vor fahrenden Pkw und Lkw.“ Kinder würden dazu erzogen, ihre „Bewegungsfreude einzuschränken, um bloß kein parkendes Fahrzeug zu beschädigen oder durch ein fahrendes Fahrzeug zu Schaden zu kommen“. Deshalb setze der Bezirk ein Programm für mehr Schulwegsicherheit um, das jährlich eine Million Euro koste. Viel zu oft müssten Wege, die „eigentlich der Bewegung und Begegnung dienen“, jedoch mit Fahrzeugen geteilt werden. Außerdem würden Autos häufig auf Gehwegen geparkt. Der Bezirk müsse „Parkplätze reduzieren sowie familienfreundliche Radwege und mehr begrünte Flächen schaffen“.

Alexander Sempf (SPD) geht das Thema allgemeiner an. „Urbane Sicherheit zu schaffen und zu gewährleisten, beinhaltet eine Vielfalt an unterschiedlichen Aufgaben und Akteuren.“ Bei städtebaulichen Planungen müssten „frühzeitig sicherheitsrelevante Aspekte sowie die späteren Nutzer:innen einbezogen werden“. Die SPD-Fraktion wolle die „soziale Vernetzung in Wohnquartieren“ stärken. Außerdem sei eine Zusammenarbeit mit Einzelhandelsgeschäften, Wohnungsunternehmen und Vereinen nötig. Als „konkrete Maßnahmen“ nennt Sempf die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, eine bessere „Einsehbarkeit“ und Pflege öffentlicher Plätze, Investitionen in die soziale Infrastruktur, eine Belebung durch „Aktivitäten und zeitlich unterschiedliche Nutzungen“, eine gute Straßenbeleuchtung sowie „weniger Müll und Quartiersmanagement“.

Auch Martin Frey (CDU) hält mehr Licht für nötig. Meistens sei es die Dunkelheit, die einen Ort „unsicher und beklemmend macht“. Zusätzlich könne „ein wahrnehmbarer Fußstreifendienst durch Kontaktbereichsbeamte der Polizei das Sicherheitsgefühl spürbar steigern“. Zumindestens an ausgewählten Orten mit hoher Kriminalitätsrate solle es auch eine Kameraüberwachung geben. Außerdem gehe es um die „allgemeine Ordnung und Sauberkeit“. Eine aufgeräumte Stadt steigere das Wohlbefinden ihrer Einwohner:innen und „und trägt so zu einem aufgeschlossenen Umgang innerhalb der Gesellschaft bei“.

Für „effiziente Sicherheit“ spricht sich **Tobias Bergmann** (FDP) aus. Als Ziel nennt er, „möglichst viel Sicherheit bei gleichzeitiger Schonung von Steuermitteln, der Aufenthaltsqualität oder auch des Verkehrs zu schaffen“. Dem Schutz vor Terroranschlägen sollten nicht Poller wie am Breitscheidplatz dienen, sondern „verankerte Bänke, Kunstobjekte oder Mittelinseln“. Es müsse auch mehr gegen Vandalismus, Vermüllung und illegale Graffiti vorgegangen werden. Kaputte Sitzbänke seien schnellstmöglich zu ersetzen oder zu reparieren. „Nur so kann verhindert werden, dass die Missstände sich selbst verstärken“, schreibt Bergmann und erinnert an die [Broken-Windows-Theorie](#).

Angstfreie Räume seien „eine Frage intelligenter Stadtplanung“, finden **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** und **Annetta Juckel** (Linke). Bahnhöfe, Plätze und Parks müssten gut einsehbar gestaltet und ausreichend beleuchtet werden. „Keine Lösung“ sieht die Fraktion in der Videoüberwachung. Untersuchungen hätten gezeigt, dass diese wenig bewirke. Wie sicher der öffentliche Raum für alle ist, „bestimmen wir als Gesellschaft vor allem mit unserem Einsatz gegen Rassismus, Sexismus oder den Hass gegen Obdachlose“. Aber auch die „gerechte Umverteilung von Straßen, Fuß- und Radwegen“ sei wichtig. Dafür fordern die Linken eine „möglichst autofreie Stadt“, mehr öffentlichen Nahverkehr, geschützte Radwege, Kiese ohne Durchgangsverkehr, häufigere Kontrollen gegen Falschparkende und „für Fußgänger:innen einsehbare Kreuzungen“.